

Das "Gaza-Jericho-Abkommen" : ein Weg zum Frieden in Israel und Palästina?

Autor(en): **Watzal, Ludwig**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **74 (1994)**

Heft 5

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-165290>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DAS «GAZA-JERICHO-ABKOMMEN»

Ein Weg zum Frieden in Israel und Palästina?

Die radikalen Gruppierungen auf beiden Seiten haben sich zum Ziel gesetzt, das Abkommen zu Fall zu bringen. Sie rüsten zum letzten Gefecht, machen Jagd aufeinander und tragen somit zur erneuten Zunahme der Gewalt bei. Um eine solche Entwicklung zu verhindern, sollte die israelische Regierung mehr Flexibilität aufbringen.

Wer den historischen Händedruck zwischen Israels Ministerpräsident *Yitzhak Rabin* und PLO-Chef *Yassir Arafat* bei der Unterzeichnung der «Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung», dem sogenannten «Gaza-Jericho-Abkommen», vor dem Weissen Haus in Washington per Satellit mitverfolgte, konnte ein Gefühl der Erleichterung empfinden. Endlich, so schien es, ist ein seit Jahrzehnten lastender Druck nicht nur von den direkt Betroffenen, sondern auch von der internationalen Staatengemeinschaft gewichen. Viele Menschen hegten die Hoffnung, der israelisch-palästinensische Konflikt sei jetzt einer endgültigen friedlichen Lösung nahe. Dies hat sich aber als eine Illusion erwiesen. Berechtigte Zweifel sind angebracht, weil dieses Abkommen asymmetrisch ist und die palästinensische Seite alle ihre Essentials geopfert hat, wohingegen es Israel gelungen ist, die zentralen Bereiche auszuklammern.

Der geplante Anschlag des Kach-Mitgliedes *Baruch Goldstein* auf betende Muslime in der Ibrahim-Moschee in Hebron, bei dem nach unterschiedlichen Angaben zwischen 30 und 50 Palästinenser ums Leben gekommen sind, hat deutlich gemacht, welch langen und beschwerlichen Weg zum Frieden beide Völker noch gehen müssen. Als grösstes Hindernis dürften sich dabei die Siedlungen mit ihren zum Teil fanatischen Bewohnern herausstellen. Insbesondere in den von «religiösen» Eiferern bewohnten werden Hass und Vorurteile gegenüber den Palästinensern gepredigt. Wer zu Beginn des Jahres im Deutschen Fernsehen die Sendung «Im Bunker Gottes» just über die Siedler in Hebron gesehen hat, wurde von dieser Bluttat nicht überrascht. In dieser Sendung kamen kleine Kinder zu Wort, die lupenreinen Ras-

sismus gepredigt haben, und dies wurde auch noch von den Eltern gutgeheissen. So äusserten sich einige wie folgt: «*Wir kommen gut auf die Welt, ihre Natur ist das Töten.*» «*Nur ein Verrückter wird mit einem Araber-Kind sich anfreunden.*» «*Ich werde ihn töten, weil er ein Araber ist.*» «*Ich bin hier der Herrscher.*» Die Mutter, die mit diesen Aussagen ihres Jungen konfrontiert wurde, entgegnete: «*Er hat recht, dass er so über Araber denkt.*» Der Vater war nicht besser als die Mutter. So redete er dem Jungen ein: «*Wir sind von wilden Tieren umzingelt, die uns töten wollen.*» Dies ist das Ergebnis einer seit 26 Jahren andauernden völkerrechtswidrigen Besiedlung. Wird die Regierung Rabin den Mut aufbringen, die Siedlung in Hebron aufzulösen, die radikalen Siedler zu entwaffnen und des Landes zu verweisen? Dass Israel es sich mit der Aufarbeitung des Massakers nicht leichtmacht, zeigt die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission unter Vorsitz des Präsidenten des Obersten Gerichtes in Israel, *Meir Stramgar*.

Historische Hintergründe

Bei der Westbank und dem Gaza-Streifen handelt es sich um Territorien, die Israel in einer «kriegerischen Besetzung» im Juni 1967 okkupiert hat. Infolge einer solchen Besetzung kommt die Vierte Genfer Konvention von 1949 zur Anwendung, die von Israel – bis auf die humanitären Bestimmungen – jedoch nicht akzeptiert wird, und dies wider die Ansicht aller führenden Völkerrechtslehrer und der Meinung aller Staaten der Vereinten Nationen. Gemäss Artikel 49/6 dieser Konvention ist es einem Besatzer nicht gestattet, Teile seiner Zivilbevölkerung in das besetzte Gebiet zu transferieren. Somit sind sämtliche

Siedlungen – inklusive diejenigen in Ost-Jerusalem – illegal und völkerrechtswidrig. Die Annexion Ost-Jerusalems durch Israel im Jahre 1980 wurde von der internationalen Staatengemeinschaft niemals anerkannt, ebensowenig die Siedlungen. Bis heute hat Israel 66 UN-Sicherheitsratsresolutionen ignoriert, 29 weitere konnten nur durch ein Veto der USA verhindert werden. Zu diesen eklatanten Verstössen gegen das Völkerrecht schwieg die internationale Staatengemeinschaft. Die UN-Vollversammlung forderte erst im Dezember 1993 in einer weiteren Resolution Israel zum wiederholten Male auf, die besetzten Gebiete zu räumen.

Um der Implementierung der «Prinzipienklärung» überhaupt noch eine Chance zu geben, bedarf es deshalb internationalen diplomatischen Einflusses und prinzipiellen Zugeständnissen von seiten Israels, weil es alle Trümpfe in der Hand hat. Die PLO hat sich durch die Unterzeichnung jeglichen Druckmittels beraubt. Selbst eine Rückkehr zum sogenannten «Terror», wie Yassir Arafat den in weiten Teilen berechtigten nationalen Widerstand der Palästinenser gegen die Besetzung in seinem Schreiben an Ministerpräsident Rabin bezeichnen musste, ist ausgeschlossen, da dies der Welt zeigen würde, dass die Palästinenser unfähig seien, mit der Demokratie umzugehen und sich selbst nicht regieren können; sie würden sich dann tatsächlich als «Terroristen» blossstellen. Was das Abkommen symbolisiert, und hierin liegt die eigentliche Tragik der Vereinbarung für die Palästinenser, machte Aussenminister *Shimon Peres* am 1. September 1993 deutlich: «*We are not negotiating with the PLO, but only with a shadow of its former self.*» Dies beschreibt exakt die absurde Situation, in der sich die Organisation befindet.

Der Hauptgrund für die Gründung der PLO war ihr Eintreten für die Rückkehr der Flüchtlinge von 1948 und die Durchsetzung des Rechts auf Selbstbestimmung sowie bis November 1988 die Zerstörung des Staates Israel. Von den ersten beiden ist im Abkommen aber nicht mehr die Rede. Die PLO hat sich somit selbst um ihre Existenzberechtigung gebracht.

Viel Polizei – wenig Demokratie

Hat sich durch das Abkommen die Lage zum Positiven verändert? Wird die «Prinzipienklärung» zum Frieden im Nahen Osten und zur Gründung eines Palästinenserstaates führen? Es wäre naiv anzunehmen, dass das seit hundert Jahren begangene Unrecht, das Leid und die Wunden, die sich beide Seiten geschlagen haben, der Hass, der tief im Bewusstsein der Menschen sitzt, die gegenseitige Dehumanisierung in Form von Zerrbildern wie «Zionisten» und «Imperialisten» hier, «Terroristen» und

«Mörder» dort, durch dieses Abkommen aus der Welt geschafft worden wäre. Das Abkommen regelt nichts Wesentliches, noch löst es auch nur ein einziges Problem. Das Papier spricht viel von Kontrolle und einer «starken» Polizei und zu wenig von Demokratie. Dies zeigt sich auch darin, dass auf israelischer Seite hohe Generäle die verschiedenen Verhandlungsdelegationen leiten. Die Nachricht an die Palästinenser sollte klar sein: Israel ist primär an Sicherheit interessiert, alles andere ist zweitrangig und wird gemäss israelischen Sicherheitsinteressen definiert. Während Arafats Abgesandte träumen, arbeiten Rabins Männer. Die Palästinenser sprechen über totalen Rückzug, die Israeli bereiten die Umgruppierung ihrer Truppen vor. So wird die palästinensische Polizei etwa 10 000 Mann umfassen. Ursprünglich wollte Arafat 30 000 Mann u. a. für Paradezwecke, wie aus gut informierten Quellen berichtet wird. Die palästinensische Polizei ist dazu ausersehen, die Kontrolle und gegebenenfalls die Unterdrückung der eigenen Bevölkerung zu übernehmen. Dieses Abkommen ist keines zwischen gleichberechtigten Partnern, sondern dient Israel dazu, internationale Legitimation zu erhalten, ohne die Lage der Palästinenser verbessert zu haben. Auch bei den in Kairo unterzeichneten Vereinbarungen konnte die PLO keine ihrer Forderungen durchsetzen.

Positive und negative Aspekte

Die «Prinzipienklärung» enthält sowohl positive als auch negative Aspekte. Zu ersteren sei angemerkt: Obwohl das Abkommen die nationalen Rechte der Palästinenser nicht erwähnt, ist es trotzdem das erste Mal, dass Israel die Palästinenser und ihre legitimen Rechte offiziell anerkannt hat. Das Abkommen legt den Grundstein für ein palästinensisches Gebilde, das Arafat bei seinem ersten Bonn-Besuch im Dezember 1993 als Staat bezeichnet hat. Die «Prinzipienklärung» schafft die potentielle Möglichkeit für Zusammenarbeit und Koexistenz und den historischen Kompromiss zwischen beiden Völkern. Um dies auszuschöpfen, müssen beide Partner mit lauten Absichten seine Umsetzung betreiben.

Durch den Abzug oder die Umgruppierung der Truppen von Gaza und Jericho gibt Israel nach 26 Jahren erstmals ideologische und praktische Positionen auf, die bisher immer als irreversibel galten. Es wird somit eine de facto palästinensische Teilsouveränität über diese Gebiete geben. Als Ziele sind eine palästinensische Interimsregierung und ein demokratisch gewählter Rat für eine Übergangszeit von höchstens fünf Jahren angestrebt. Nach dieser Zeit soll es dann zu einer permanenten Vereinbarung auf der Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 kommen.

Die Durchführung von Wahlen unter internationaler Kontrolle soll ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Realisierung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und deren gerechter Forderungen sein. Die Teilnahme der Palästinenser aus Ost-Jerusalem ist zugesichert, aber nicht die konkreten Bedingungen genannt; so können sie mitwählen, aber nicht gewählt werden.

Bei der Übergabe der Macht muss zwischen Gaza und Jericho einerseits und dem Rest der Westbank und Ost-Jerusalem andererseits unterschieden werden. Im ersteren Falle wird alle Gewalt auf die Palästinenser übertragen. Den Rest der Westbank betreffend soll auf den Gebieten Kultur, Gesundheit, direkte Besteuerung, Dienstleistungen, Tourismus die Macht an Palästinenser übertragen werden.

Die Jurisdiktion betreffend spricht das Abkommen von einer Einheit des Gaza-Streifens und der Westbank, deren Unverletzlichkeit erhalten bleiben soll. Die Palästinenser wollen Jerusalem darin einbezogen wissen, die Israeli dagegen nicht.

Die endgültigen Verhandlungen über den Status werden zwei Jahre nach Beginn der Interimsperiode gerechnet anfangen, was obligatorisch ist. Die palästinensische Seite muss hier auf Eile drängen, weil sonst zu befürchten ist, dass die Israeli den Status weiter zu ihren Gunsten verändern werden, wie dies im Grossraum von Jerusalem bereits geschieht.

Die negativen Aspekte sind jedoch schwerwiegender als die positiven. Eine politisch, wirtschaftlich und moralisch völlig marode PLO-Führung hat mit der Unterzeichnung der «Prinzipienerklärung» den hundertjährigen Anspruch des Zionismus auf «Eretz Israel» (Land Israel) und die damit verbundene Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft anerkannt und zugegeben, dass ihr dreissigjähriger nationaler Widerstand «Terrorismus» war.

Dieses Abkommen stellt nach der Gründung des Staates Israel den grössten Erfolg israelischer Diplomatie dar. Es ist eine Meisterleistung von Rabin und Peres. Israel brauchte nicht einmal anzuerkennen, dass es Besatzungsmacht ist. Dieser völkerrechtswidrige Zustand wurde niemals von der internationalen Staatengemeinschaft ernsthaft in Frage gestellt, ja selbst die PLO hat ihn durch das Abkommen auch noch sanktioniert. Die «Prinzipienerklärung» geht sogar noch hinter die Madrider Formel vom «Land gegen Frieden» zurück. Yassir Arafat und der Rest seiner PLO müssen sich schon heute fragen lassen, ob sie mit Beginn des dritten Jahres über die Modalitäten der Bantustanisierung mit Israel verhandeln wollen. Das geplante Bauprogramm für Jerusalem lässt das ursprüngliche Ost-Jerusalem zu einer Marginalie herabsinken, so dass es selbst als palästinensische Hauptstadt ein Treppenwitz der Geschichte wäre. Das israelische Autonomiekonzept sieht nämlich nur

eine Autonomie für die Menschen, nicht aber für die Gebiete vor. Wie sagte bereits *Meron Benvenisti* 1985: «Die arabischen Städte und Dörfer werden einmal wie Ghettos.» Das Abkommen wird deshalb weder zum Frieden noch zu einem Palästinenserstaat führen, wie einige Optimisten der Öffentlichkeit weismachen wollen. Seinen Pessimismus hat *Haider Abdel Shafi* am 8. Dezember 1993 in der «tageszeitung» ausgedrückt: «Ich glaube nicht, dass es jemals zu einem palästinensischen Staat kommen wird.»

Der Vorteil dieses Abkommens liegt für Israel darin, dass es die unangenehmen Seiten des Gaza-Streifens billig losgeworden ist, ohne dafür einen entsprechenden Preis zu zahlen. Gaza hat sich für die israelische Armee als unregierbar erwiesen. Das einzige «substantielle» Zugeständnis Israels ist der direkte Dialog mit der PLO. Die palästinensischen Behörden haben über die 5400 Siedler nach wie vor keine Autorität. Die Siedlungen sind quasi exterritorial; ihnen steht der halbe Gaza-Streifen zur Nutzung zur Verfügung. Auf dem verbleibenden Rest tummeln sich 800 000 Palästinenser. Israel behält sich das alleinige Recht vor, über Fragen der Aussenpolitik, der Wirtschaft und alle Belange der nationalen Sicherheit zu bestimmen, und der symbolische Händedruck besiegelte die Aufgabe der «Souveränität» für alle Zeiten.

Alle Optionen sind auf Israels Seite

Wenn die Frage der Siedlungen, die Rückkehr der Flüchtlinge von 1967, Jerusalem, die Enteignungen, die Eigenstaatlichkeit, die Entschädigung und anderes mehr in drei Jahren auf der Tagesordnung stehen sollten, verfügt die PLO über keinerlei Druckmittel, um von Israel auch nur Minimalkonzessionen erreichen zu können. Die Palästinenser werden auf den guten Willen Israels angewiesen sein, und dieser zählt in den internationalen Beziehungen wenig, wo es um die Durchsetzung von Interessen geht. Wie sich Israel die Behandlung der Palästinenser vorstellt, hat Rabin in einer Kabinettsitzung am Jahreswechsel deutlich gemacht: «Wenn die Palästinenser dauernd die Vereinbarungen ändern, dann können wir das auch. Wir sind nicht in Eile. Lasst sie ein wenig schwitzen.» Der PLO wird vorgeworfen, ständig auf bereits mündliche Zusagen draufzusatteln. «Man kann offenbar mündlichen Absprachen nicht trauen», so Rabin in der Sitzung. Das Abkommen gibt Israel das Privileg, die Vereinbarung «einzufrieren», wenn es mit den Ergebnissen nicht einverstanden ist. Sollte es Arafat nicht gelingen, Ruhe und Ordnung – im Sinne Israels – unter seinen Landsleuten herzustellen, hat Israel alle Optionen auf seiner Seite. Für diese Situation hat Ministerpräsident Rabin bereits die Rückkehr Israels angekündigt. Somit ist Arafat gezwungen, zusammen mit der israelischen Armee

und dem Geheimdienst, den Widerstand gegen das Abkommen niederzuschlagen. Die Konsequenzen einer solchen Kooperation könnten die Einschränkung der Freiheit, die Unterdrückung der Opposition, sprich der Intifada, und der Opposition gegen das Abkommen und schliesslich eine Diktatur sein. Die Menschenrechtsorganisationen befürchten zu Recht, dass jetzt die Zeit beginnt, in der Palästinenser die Menschenrechte von Palästinensern verletzt werden, aber dann ohne die Möglichkeit der Appellation an das Oberste Gericht in Israel.

Israels Motive in dieser Richtung machte Ministerpräsident Rabin in der Zeitung «Yediot Aharonot» vom 3. September 1993 klar. *«Ich hoffe, dass wir einen Partner finden, der die Verantwortung über die internen Probleme in Gaza übernimmt und mit ihnen fertig wird, ohne Probleme durch das Oberste Gericht, B'Tselem und alle «blutenden Herzen» zu machen.»* Der Knesset-Abgeordnete und Vorsitzende des Auswärtigen- und Verteidigungsausschusses, *General Uri Or*, erklärte am 1. September 1993 im israelischen Militärrundfunk: *«Zum ersten Mal wurde eine Situation geschaffen, in der jemand anderer die israelischen Sicherheitsinteressen teilt.»*

Politik mit «vollendeten Tatsachen»

Das Abkommen gibt keine Orientierung, wohin die Reise gehen wird. «Interim» wird gleichzeitig der Endzustand sein. Dies bestätigt auch *Danny Rubinstein* in einem Kommentar in Ha'aretz vom 30. August 1993: *«The Palestinians who oppose the formula are right in saying that chances are great that the beginning in Gaza and Jericho will also be the end.»* Hätte Israel irgendwelche guten Absichten gehabt, hätte es einige Verbindungen zwischen diesen beiden Phasen aufzeigen müssen. Die Zukunft für die Palästinenser bleibt somit völlig offen. Israel wird nie der Schaffung eines souveränen Palästinenserstaates sowie der Auflösung von Siedlungen zustimmen – sie sind die beste Versicherung gegen die Entstehung eines solchen, weil Ministerpräsident Rabin die Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern als ein Nullsummenspiel versteht, d. h., Gewinne für die Palästinenser sind Verluste für Israel. Deshalb geht seine Politik der Schaffung vollendeter Tatsachen unvermindert weiter. Menschenrechtsorganisationen berichten, dass im November, Dezember und Januar die Landenteignungen um Ramalla, Hebron und anderen Orten stark zugenommen haben. Es sollen Tatsachen geschaffen werden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

Die gesamte Politik der letzten 26 Jahre lief auf die Inbesitznahme der besetzten Gebiete, insbesondere der Westbank hinaus. So sind weitere 13 500 Wohnungen in Ost-Jerusalem geplant, und die Stras-

sen Nr. 6 und Nr. 9 vom Norden bis in den Süden des Landes werden grosse Teile palästinensischen Landes beanspruchen und zahlreiche Orte in ihrer Infrastruktur völlig zerstören. Einige Dörfer verlieren dadurch die Hälfte ihrer landwirtschaftlich genutzten Fläche. Wohnungsbauminister *Benjamin Ben Eliezer* hat einer Delegation arabischer Amerikaner erklärt, dass Jerusalem sowieso ein Tabuthema sei. Das Abkommen hat die Verhandlungsposition Israels für die Zukunft gestärkt, weil das Land zu seiner Vor-Madrid-Formel zurückgefunden hat, d. h., keine kollektiven Verhandlungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Der Ausbruch der PLO aus der arabischen Koalition hat die Grundlagen für ein Junktim zwischen dem jordanischen und syrischen Abkommen zerstört, was die israelische Verhandlungsposition stärkt. Die PLO hat sich selbst aus einer umfassenden Lösung herauskatapultiert.

Auch die beabsichtigte ökonomische Kooperation muss differenziert betrachtet werden: Einerseits malte Aussenminister Shimon Peres das Bild einer blühenden Zusammenarbeit zwischen der israelischen und palästinensischen Wirtschaft an die Wand, Finanzminister *Abraham Shohat* hingegen kann sich die entstehende palästinensische Wirtschaft nur angebonden an die israelische vorstellen. Arafat bemüht sich inzwischen eifrig um die Beschaffung finanzieller Mittel. Er verkennt dabei aber, dass die meisten der zugesagten internationalen Gelder nicht auf die Stärkung der palästinensischen Ökonomie ausgerichtet, sondern auf Gemeinschaftsprojekte bezogen sind und somit auch gleichzeitig eine indirekte Wirtschaftshilfe für Israel darstellen. Es gibt keine palästinensische Ökonomie, welche die Basis für eine profitable Investition abgeben könnte. Die bilateralen Wirtschaftsgespräche treten auch auf der Stelle, weil sich die PLO gegen das Ansinnen Israels und Jordaniens wendet, den jordanischen Dinar in den «autonomen» Gebieten als Zahlungsmittel einzuführen. Verlässliche Quellen berichten, dass Arafat nur auf der Einführung einer neuen Währung besteht, um sich darauf mit seinem Konterfei zu verewigen.

Asymmetrie auch in der Ökonomie

Die zentralen Teile wie Industrie, Landwirtschaft, Aussenhandel, Zölle und indirekte Steuern bleiben unter israelischer Kontrolle; die anderen Teile wie Bildung, Gesundheit, soziale Dienste, Tourismus und direkte Steuern sollen den Palästinensern übertragen werden. Die Wirtschaft der besetzten Gebiete soll für Israel als Sprungbrett auf die arabischen Märkte benutzt werden. Mit Hilfe der Palästinenser können sie dort Fuss fassen; denn die arabischen Kunden reagierten sehr sensibel gegenüber Produkten mit dem Gütesiegel «Made in Israel». Jetzt sollen aber israelische Produkte

das Markenzeichen «Made in Palestine» tragen, wodurch das Akzeptanzproblem gelöst sein dürfte.

Trotz eindeutiger Vorteile für Israel wird das Abkommen von den verschiedenen Siedler-Organisationen und weiten Teilen der konservativen Opposition heftig bekämpft. Die Siedler bezeichnen Rabin als einen «Verräter» und drohen mit offener Gewalt und Bürgerkrieg. Oppositionsführer *Benjamin Netanyahu* vom Likud-Block fragt in der Zeitung «Yediot Aharonot» vom 17. Dezember 1993, was geschehen werde, wenn die israelische Armee Gaza und Jericho an «Arafats Terroristenarmee» übergeben werde. Er forderte Rabin auf, ein öffentliches Schuldeingeständnis abzulegen: «*I was wrong. I signed an Agreement that I should not have signed from the start. This Agreement has already been violated and it no longer is binding on the State of Israel.*» Ministerpräsident Rabins Ansatz ist nicht sehr geeignet, innenpolitische Unterstützung für das Abkommen zu erhalten, weil er die Verhandlungen zu sehr auf den Sicherheitsaspekt konzentriert. Seine politischen Kommentare seit der Unterzeichnung sind von einer negativen Rhetorik gekennzeichnet: «*Die Siedlungen werden nicht geräumt*»; «*es gibt keinen Palästinenserstaat*»; «*kein Rückzug auf die Grenzen von 1967*»; «*es gibt kein heiliges Datum*»; «*die Flüchtlinge werden nicht zurückkehren*».

Langsam setzt sich unter den Palästinensern die Überzeugung durch, dass sie zu den Verlierern des Abkommens gehören. Es bedeutet die Festschreibung der Palästinenser auf dem Niveau sozialer Unterwerfung ohne eine positive Perspektive. Auch Arafat scheint begriffen zu haben, was er da unterschrieben hat; dies wird aus einem Interview mit Radio Monte Carlo deutlich: «*Wir wollen nicht in einem Ghetto oder in Bantustan leben.*» Dieser Äußerung Arafats entgegnete der israelische Minister für Wirtschaft und Soziale Entwicklung, *Shimon Shetreet*, Anfang Januar 1994 in einem Fernsehinterview, dass Israel noch nicht einmal ein «*Bantustan plane*», weil es sich dabei ja um eine Staatsform handle.

Seit dem Hebron-Massaker nimmt die Bereitschaft zur Gewalt bei den radikalen Gruppierungen auf beiden Seiten zu. Bei einem «Vergeltungsschlag» von Hamas in Afula kamen mehrere Israeli ums Leben. Die Organisation hat vier weitere Anschläge angekündigt. Die USA sollten in Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten die israelische Regierung zu mehr Flexibilität in ihrer Haltung gegenüber den Palästinensern bewegen, um dadurch ein Abgleiten ins völlige Chaos zu verhindern.

Arafat – einsam und isoliert

Die Rabin-Regierung wird aus innenpolitischen Gründen nicht in der Lage sein – und sie will es auch

nicht –, die Siedlung in Hebron aufzulösen, da dies Symbolcharakter hätte. Hebron ist eine der heiligsten Stätten der jüdischen Geschichte. Die Tatsache, dass dort 1929 die ganze jüdische Gemeinde von Arabern umgebracht worden ist, kann auch nicht einfach vergessen werden. Eine Auflösung beträfe ja nicht nur Hebron, da es in der Westbank eine grosse Anzahl von Siedlungen gibt, die von «religiösen» Fanatikern beherrscht werden. Allein in Kiryat Arba, das direkt an Hebron angrenzt, leben 7000 Siedler. Um den Druck von seiten der Linken auf seine Regierung zu neutralisieren, hat der Regierungschef Verhandlungen mit der nationalistischen Tsomet-Partei des ehemaligen Generals *Raphael Eitan* aufgenommen, der die Interessen der Siedler vertritt. Obwohl die Mehrheit des israelischen Kabinetts für eine Umsiedlung der in Hebron lebenden Juden eintritt, lehnt Rabin und sein Aussenminister dies ab. Auch wird es keine internationale Schutztruppe zum Schutz der Palästinenser geben, wie es Arafat im Verbund mit den USA gefordert hat, weil dies die völkerrechtswidrig beanspruchte Souveränität Israels über die besetzten Gebiete in Frage stellen und die Glaubwürdigkeit der Armee in bezug auf den Schutz der jüdischen Siedler beeinträchtigen würde. Israel hat für drei Monate der Stationierung einer internationalen Polizeitruppe zugestimmt und die rechtsradikale Siedlerbewegung «Kach» und «Kahane lebt» als terroristische Vereinigung verboten.

Syrien, Jordanien und der Libanon haben noch vor Arafat ihre Verhandlungen mit Israel in Washington ausgesetzt. Erst nachdem der UN-Sicherheitsrat das Massaker verurteilt hat, war es Arafat möglich, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Nachdem auch noch die Sozialistische Partei (ehemalige Kommunistische Partei) ihm die Gefolgschaft aufgekündigt hat, steht jetzt nur noch die Fatah-Fraktion als einzige palästinensische Organisation zu diesem Abkommen. Aber auch innerhalb dieser Organisation verlassen täglich mehrere das Arafat-Lager. Wenn Israel nicht endlich substantielle Zugeständnisse macht und die Demütigung Arafats nicht beendet, wird es am Ende nur noch ihn alleine als Verhandlungspartner haben und ihn durch seinen Geheimdienst Shin Bet vor den Palästinensern beschützen müssen. ♦

LUDWIG WATZAL

LUDWIG WATZAL, geboren 1950, studierte Politikwissenschaft und Philosophie in Berlin, Philadelphia, München und Würzburg. 1980–1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität der Bundeswehr in München für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen. Promotion zum Dr. phil. Seit 1986 Redaktor der Zeitschrift «Aus Politik und Zeitgeschichte» in Bonn.